

## A n t w o r t

### des Ministeriums für Bildung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Bettina Brück und Giorgina Kazungu-Haß (SPD)  
– Drucksache 17/11161 –

### KMK-Präsidentschaft von Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11161** – vom 30. Januar 2020 hat folgenden Wortlaut:

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig hat am 16. Januar 2020 offiziell die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) für das Jahr 2020 übernommen. Das Motto der diesjährigen KMK-Präsidentschaft ist „Europa (er)leben und gestalten!“ und fällt zusammen mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche inhaltlichen Ziele und Schwerpunkte verfolgt Rheinland-Pfalz während der KMK-Präsidentschaft?
2. Welche Maßnahmen und Überlegungen stehen hinter dem diesjährigen Motto „Europa (er)leben und gestalten!“?
3. Welche Ziele verfolgt die KMK mit der Einrichtung eines gemeinsamen Bildungsrates?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Februar 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Für das Jahr 2020 hat Rheinland-Pfalz turnusgemäß zum siebten Mal die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) übernommen. Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig steht der KMK als Präsidentin vor und vertritt diese nach außen. Ziel der Präsidentschaft ist unter anderem, die KMK auf dem eingeschlagenen Weg hin zu mehr Vergleichbarkeit und gemeinsamer Qualitätsentwicklung in den Bundesländern konsequent weiter voranzubringen sowie diesbezügliche Impulse in der Bildungspolitik in Deutschland zu setzen. Angesichts gemeinsamer Herausforderungen bedarf es, unter Wahrung der Bildungshoheit der Länder, gemeinsamer Anstrengungen und Lösungen sowie insgesamt mehr Bildungsgerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen aus Rheinland-Pfalz ist zudem die Stärkung der Europabildung in Schule und Ausbildung.

Zu Frage 2:

Europa als Schwerpunktthema der rheinland-pfälzischen KMK-Präsidentschaft knüpft an die Regierungserklärung von Ministerin Dr. Hubig zu „Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“ vom 30. Januar 2019 an. Ziel ist, junge Menschen wieder stärker für Europa, europäische Werte und Errungenschaften zu begeistern und ihnen die große Bedeutung für die Demokratie und alle Europäerinnen und Europäer bewusst zu machen. Schülerinnen und Schüler sollen Europa leben, erleben und gestalten und so ihren ganz eigenen Zugang zur europäischen Idee finden. In weiten Teilen Europas leben wir länger als je zuvor in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Dies darf, auch angesichts wachsenden Nationalismus, Populismus und Extremismus, aber nicht für selbstverständlich gelten.

Hierzu sind auf Initiative von Rheinland-Pfalz u. a. zwei Empfehlungen der KMK zur Europabildung in der Schule sowie zu beruflicher Bildung als Chance für Europa in Vorbereitung. Zur Förderung des interkulturellen Austausches sollen Schulen zudem besser von Mitteln des EU-Bildungsprogramms Erasmus plus profitieren können. Als Bundesratsbeauftragte im EU-Bildungsministerrat vertritt Ministerin Dr. Hubig dieses Anliegen auch in Brüssel bei den laufenden Beratungen über das Nachfolgeprogramm 2021 bis 2027.

Begleitet wird das Präsidentschaftsjahr u. a. durch Veranstaltungen mit Europabezug in Rheinland-Pfalz. Mit dem Hambacher Schloss ist zudem ein besonderer Ort der deutschen und europäischen Demokratiegeschichte als Veranstaltungsort der 371. Kultusministerkonferenz im Oktober 2020 ausgewählt.

Zu Frage 3:

Gemäß Beschluss der 368. Kultusministerkonferenz am 5. Dezember 2019 soll der „Bildungsrat/wissenschaftliche Beirat der Kultusministerkonferenz“ die Länder in Fragen der Weiterentwicklung des Bildungswesens und des Umgangs mit seinen Herausforderungen, insbesondere der Sicherung und Entwicklung der Qualität sowie der Verbesserung der Vergleichbarkeit des Bildungswesens, auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse beraten. Dabei sollen die Zuständigkeiten des Wissenschaftsrats und der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz unberührt bleiben und der Bund bei Fragen, die den Bund und die Länder gemeinsam betreffen, angemessen beteiligt werden.

Gegenwärtig wird über die konkrete Ausgestaltung des neuen Gremiums beraten.

Dr. Stefanie Hubig  
Staatsministerin